Europäische Kommission

VON ROM AUS VORAN

EIN SOZIALES EUROPA

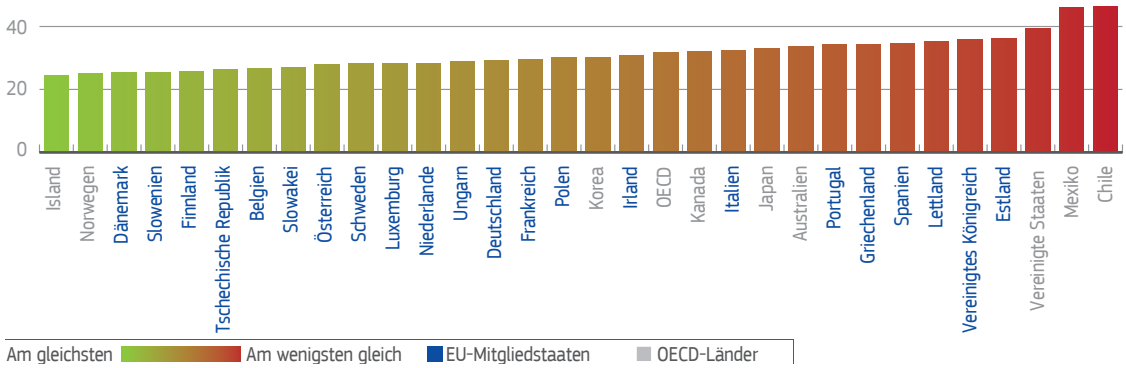
60 ROME

„Seit meinem Amtsantritt habe ich immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass ich ein sozialeres Europa möchte. Wir haben in dieser Hinsicht wichtige erste Schritte unternommen. Dieses Jahr wird entscheidend sein. Nach der breiten öffentlichen Konsultation ist es nun an der Zeit, die europäische Säule sozialer Rechte zu errichten. Der Sozialgipfel in Schweden wird uns dabei helfen, die richtigen Impulse zu geben und die sozialen Prioritäten dort zu positionieren, wo sie hingehören: ganz oben auf die Tagesordnung in Europa."

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, 23. Januar 2017

Die soziale Dimension des europäischen Projekts geht auf die Römischen Verträge von 1957 zurück, in denen sich bereits eine Regelung zur Gewährleistung gleicher Löhne für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit fand. Diese sozialen Vertragsbestimmungen waren in erster Linie wirtschaftlich motiviert: Eine größere Freizügigkeit der Arbeitnehmer war notwendig, um den personellen Bedarf von Unternehmen zu decken. Bei der Gleichstellung der Geschlechter wollte Frankreich mögliche Wettbewerbsverzerrungen beseitigen, da es bereits viel früher Bestimmungen zur gleichen Entlohnung für Männer und Frauen erlassen hatte und in Sorge war, dass billige Arbeitnehmerinnen aus Deutschland den französischen Unternehmen und der Wirtschaft des Landes Schaden zufügen könnten.

In Europa leben die Gesellschaften mit der höchsten Einkommensgleichheit weltweit



Anmerkung: Diese Grafik zeigt die Verteilung von Einkommen auf die einzelnen Personen anhand des Gini-Koeffizienten, wobei der Wert 0 für vollkommene Gleichheit steht. Quelle: OECD, jüngste verfügbare Daten.

Europa hat bereits die weltweit fortschrittlichsten Wohlfahrtssysteme. Doch müssen die sozialen Sicherungssysteme gründlich modernisiert werden, um bezahlbar zu bleiben und mit neuen demografischen Entwicklungen und der Realität im Berufsleben Schritt zu halten.

Die Erklärung von Rom:

„Ein soziales Europa: eine Union, die auf der Grundlage nachhaltigen Wachstums den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie Zusammenhalt und Annäherung fördert und dabei zugleich die Integrität des Binnenmarktes wahrt; (...) eine Union, die die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Rechte und die Chancengleichheit aller fördert; eine Union, die Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und Armut bekämpft; eine Union, in der junge Menschen die beste Bildung und Ausbildung erhalten und auf dem gesamten Kontinent studieren und Arbeit finden können."

NA-02-17-325-DE-N

DIE HERAUSFORDERUNG

Oft ist das, was die Menschen von Europa erwarten, zu weit entfernt von dem, was Europa aus sozialer Sicht bieten und leisten kann. Ein Beispiel: Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit haben EU-Initiativen wie die Jugendgarantie dazu beigetragen, dass 9 Millionen Menschen wieder eine berufliche Perspektive haben. Angesichts des europaweiten Vorgehens gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist dies jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Europäische Sozialfonds ist äußerst wirksam, macht aber nur 0,3 % dessen aus, was die Europäer für Sozialleistungen ausgeben.

Daher müssen wir unseren Blick jetzt darauf richten, wie Europa eine Union bieten kann, die *„den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie Zusammenhalt und Annäherung fördert“*, wie es die führenden Vertreter der 27 Mitgliedstaaten und der EU-Organe in der **Erklärung von Rom** vom 25. März 2017 gefordert haben.

DIE JUGENDGARANTIE UND WAS SIE BEWIRKT HAT

Die Jugendgarantie ist eine im April 2013 getroffene politische Zusage aller EU-Mitgliedstaaten, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für eine Beschäftigung, eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten.

Die von der Kommission initiierte Garantie hat dazu beigetragen, der Jugendarbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten

1,4 Millionen weniger
junge Arbeitslose in der EU
seit 2013

900 000 weniger
junge Menschen seit 2013, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren

14 Millionen
gemeldete junge Menschen

9 Millionen
junge Menschen, die ein Angebot für eine Beschäftigung, eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum angenommen haben

SO GEHT ES WEITER

Die Europäische Kommission hat sich entschieden dafür eingesetzt, die soziale Dimension wieder ins Zentrum der Arbeit der EU zu rücken: von unseren Vorschlägen für den Ausbau der Jugendgarantie über neue und gerechte Vorschriften für die Entsendung von Arbeitnehmern und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit bis hin zur Modernisierung der Rechtsvorschriften im Bereich Gesundheitsschutz und Sicherheit. Im April wird die Kommission Vorschläge für eine europäische Säule sozialer Rechte vorlegen, in denen eine Reihe wesentlicher Grundsätze zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme im Euroraum festgelegt sind.

Im **Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas** wurde in verschiedenen Szenarien dargestellt, wie die soziale Dimension Europas vorangetrieben werden kann. Zum Beispiel:

- *„Wer mehr will, tut mehr.“* (Szenario 3): Eine Gruppe von Ländern könnte sich zusammentun und zunehmend vergleichbare Arbeitnehmerrechte und Sozialleistungen vereinbaren.
- *„Weniger, aber effizienter“* (Szenario 4): Die Mitgliedstaaten könnten in anderen Bereichen als der Sozialpolitik ihre Zusammenarbeit verstärken, sodass es bei den Gehältern und der Sozialgesetzgebung innerhalb Europas weiterhin erhebliche Unterschiede geben würde.

ECKDATEN

April

Reflexionspapier der Europäischen Kommission zur sozialen Dimension Europas

26. April
Die Europäische Kommission legt Vorschläge für die europäische Säule sozialer Rechte vor, begleitet von Initiativen zum Zugang zu sozialem Schutz, zur Neufassung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen, zur Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie und zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben

November

17. November
Sozialgipfel in Göteborg, Schweden

ISBN 978-92-79-67256-9
doi:10.2775/7807